

Antrag auf Gewährung einer Bürgschaft gemäß der Richtlinie für die Übernahme von Bürgschaften durch die Thüringer Aufbaubank zugunsten der gewerblichen Wirtschaft und der freien Berufe (TAB-Bürgschaftsprogramm)

- nur über die Hausbank einzureichen -



Thüringer Aufbaubank
Abteilung Unternehmen und Banken
Postfach 90 02 44
99105 Erfurt

TAB-Projekt-Nr.: - wird von TAB ausgefüllt -
--

Verwendungszweck	Darlehensart	Darlehensbetrag in EUR (Kredit oder Avalbetrag)	Laufzeit in Jahren
Erstinvestitionen			
Ersatzinvestitionen			
Betriebsmittel / Avale			

1. Hausbank

Name	BIC:		
Ansprechpartner*in:	Telefon:	Telefax:	E-Mail:
Straße / Hausnummer:			
PLZ:	Ort:		

2. Antrag stellendes Unternehmen / Antragsteller*innen

Unternehmen (ggf. lt. Handelsregister) / Name, Vorname:	Gründungsdatum / Geburtsdatum:		
Ansprechpartner*in:	Telefon:	Telefax:	E-Mail:
Straße, Hausnummer			
PLZ:	Ort:		

Genauere Bezeichnung der Branche:	Branchenschlüssel (gem. VO EG Nr. 1893/2006):
-----------------------------------	---

Gegenstand des Unternehmens:	Investitionsort: PLZ: _____ Ort: _____ Straße: _____
------------------------------	--

Rechtsform: <input type="checkbox"/> BGB-Ges. <input type="checkbox"/> Einzelunternehmen/Gewerbebetrieb <input type="checkbox"/> OHG <input type="checkbox"/> KG <input type="checkbox"/> GmbH & Co. KG <input type="checkbox"/> GmbH <input type="checkbox"/> AG <input type="checkbox"/> PartG <input type="checkbox"/> Freiberufler*in/Sonstige
Handelsregister-Nr. / Ort:
<input type="checkbox"/> Handwerksrolle / Verzeichnis der Inhaber eines Betriebes des zulassungsfreien Handwerks

3. Inhaber*innen/Gesellschafter*innen

Namen des Inhabers/der Inhaberin/der Gesellschafter*innen/Partner*innen (bei Unternehmen genaue Firmenbezeichnung und Sitz), Rechtsstellung im Unternehmen, jeweiliger Anteil am Gesellschaftskapital in % (ggf. Anlage)			
Namen der Geschäftsführer*innen:		bei mehreren zuständig für:	
Entnahmen, Gehälter, Vergütungen des Inhabers/der Inhaberin/der Gesellschafter*innen in den letzten 2 Jahren			
<input type="checkbox"/> bei Einzelunternehmen und Personengesellschaften Privatentnahmen des Inhabers/der Inhaberin / des Gesellschafter*innen		<input type="checkbox"/> bei Kapitalgesellschaften jährlicher Gehaltsaufwand und sonstige Vergütungen für die geschäftsführenden Gesellschafter*innen	
Name	Jahr		EUR
Fanden bei den Unternehmen bereits Zahlungseinstellungen, Wechselproteste, gerichtliche oder außergerichtliche Vergleichsverfahren, Gesamtvollstreckungsverfahren, Konkursverfahren, Insolvenzverfahren, Strafverfahren oder Gewerbeuntersagungsverfahren statt? Sind das Unternehmen, ihr/e Inhaber*in oder die Gesellschafter*innen als Kläger oder Beklagte in Rechtsstreitigkeiten oder Prozesse verwickelt oder sind solche für sie zu erwarten?			
<input type="checkbox"/> ja (nähere Angaben hierzu ggf. auf gesondertem Blatt)		<input type="checkbox"/> nein	

4. Arbeitsplätze

	vorletztes Geschäftsjahr	letztes Geschäftsjahr	bei Antragstellung	nach Abschluss des Vorhabens (Planung)
Anzahl bestehender Arbeitsplätze einschließlich Inhaber*in gesamt
darunter Teilzeitbeschäftigte				
darunter Auszubildende				

5. Besitz- und Beteiligungsverhältnisse

Gibt es verbundene Unternehmen (z. B. Besitzgesellschaft bei Betriebsaufspaltung, Muttergesellschaften (direkt / indirekt), Tochtergesellschaften (direkt / indirekt), weitere Beteiligungen der Gesellschafter*innen?	
<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Sofern Sie die o. g. Frage mit „ja“ beantwortet haben, fügen Sie bitte ein Organigramm bei und machen Sie für jedes Unternehmen folgende Angaben: Firma (lt. Handelsregister), Höhe der Beteiligung in %, Anzahl der Arbeitsplätze, Umsatz und Bilanzsumme für das letzte und vorletzte Geschäftsjahr. Bei Betriebsaufspaltung reichen Sie bitte die letzten beiden Jahresabschlüsse des Besitzunternehmens ein.	

6. Sonstige Angaben

Liegen zurzeit bei öffentlichen Stellen weitere Anträge der Antragsteller*innen bzw. der / des Unternehmen(s) auf Darlehen, Bürgschaften oder Zuschüsse z. B. aus der Gemeinschaftsaufgabe (GRW) / Zulagen vor oder ist beabsichtigt, demnächst solche Anträge zu stellen (falls „ja“ wann [Antragsdatum], bei welcher Stelle, in welcher Höhe und für welchen Zweck)?

7. Investitions- und Finanzierungsplan

(in Tsd. Euro, alle Angaben ohne Mehrwertsteuer)

Investitionsdarlehen

Investitionsplan	
Grundstücke/Gebäude	
bauliche Investitionen	
neue technische Anlagen und Maschinen, Betriebs- und Geschäftsausstattung inkl. Fahrzeuge	
gebrauchte technische Anlagen u. Maschinen, Betriebs- und Geschäftsausstattung inkl. Fahrzeuge	
Investitionen der Ersatzbeschaffung ¹	
immaterielle Wirtschaftsgüter (Erwerb von Patentrechten, Lizenzen...)	
Erwerb Grundstücke/Gebäude, Maschinen von verbundenen/verflochtenen Unternehmen	
Sonstiges (<i>bitte konkret angeben</i>) z. B. Erwerb von Geschäftsanteilen	
Summe Investitionen	

Finanzierungsplan	
Eigenmittel vorhandene liquide Mittel Gesellschafterdarlehen Beteiligungen	
Eigenleistungen	
Zuschüsse und Zulagen Investitionszulage GRW-Zuschuss Sonstiges (<i>bitte konkret angeben</i>)	
Darlehen von Förderinstituten (<i>Angabe Institut und Programm</i>) z. B. KfW-Unternehmerkredit	
Sonstige Darlehen (<i>Angabe Institut</i>) z. B. Sparkasse ...	
Mietkauf/Leasing	
Summe Finanzierungsplan (= Summe Investitionsplan)	

Betriebsmitteldarlehen

Betriebsmittel Sonstige	
Summe Betriebsmittel	

Bankkredite Sonstige	
Summe Finanzierungsplan (= Summe Betriebsmittel)	

¹ Eine Ersatzbeschaffung liegt nicht vor, wenn das neu angeschaffte oder hergestellte Wirtschaftsgut wegen seiner technischen Überlegenheit oder rationelleren Arbeitsweise für den Betrieb eine wesentlich andere Bedeutung hat, als das ausgeschiedene Wirtschaftsgut.

8. Erklärungen (Antragsteller*innen / Mithafter*innen)

Mithaftung der Inhaber*innen, Gesellschafter*innen und deren Ehepartner*innen

Bei Einzelfirmen und Personengesellschaften haben ggf. die Ehepartner*innen der Firmeninhaber*innen bzw. die persönlich haftenden Gesellschafter*innen die Mithaftung zu übernehmen. Soweit es unter Berücksichtigung der gesellschaftsrechtlichen Verhältnisse geboten erscheint, wird bei Kommanditgesellschaften ggf. auch die Mithaftung der Kommanditisten und deren Ehepartner*innen herangezogen.

Bei Kapitalgesellschaften haben die Personen, die Kraft ihrer Stellung als Gesellschafter*innen wesentlichen Einfluss auf das Unternehmen ausüben können, sowie ggf. deren Ehepartner*innen die Mithaftung zu übernehmen.

Ich / Wir erkläre(n), dass

- die **vorstehenden** und **in den ggf. weiteren Anlagen** gemachten Angaben richtig und vollständig sind. Ich / Wir verpflichte(n) mich / uns, die Hausbank über wesentliche Änderungen der zu diesem Antrag gemachten Angaben unverzüglich und unaufgefordert in Kenntnis zu setzen.
- mir / uns die zu diesem Programm gültige Richtlinie (veröffentlicht auf der Internetseite der Thüringer Aufbaubank/Förderprogramme/Bürgschaften) bekannt ist. Ich / Wir erkenne(n) diese Richtlinie an.
- ich / wir die Finanzbehörden unter Befreiung vom Steuergeheimnis ermächtigte(n), ab Antragstellung bis zur Rückzahlung des verbürgten Darlehens dem Finanzminister des Freistaates Thüringen und der Thüringer Aufbaubank alle Auskünfte über meine / unsere durch § 30 der Abgabenordnung (AO 1977) geschützten Verhältnisse zu erteilen.

Mir / Uns ist bekannt, dass

- die im Antrag unter Punkt 2 bis 7, den Anlagen und in den dazu eingereichten ergänzenden Unterlagen gemachten Angaben subventionserhebliche Tatsachen im Sinne des § 264 StGB sind und Subventionsbetrug danach strafbar ist. Die bestehenden Mitteilungspflichten nach § 1 des Thüringer Subventionsgesetzes vom 16.12.1996 i. V. m. § 3 des Subventionsgesetzes vom 29.07.1976 sind mir / uns ebenfalls bekannt.
- bei Gewährung einer Bürgschaft auf Basis einer Genehmigung durch die Europäische Kommission oder auf Basis der Verordnung der Kommission (EU) Nr. 651/2014 vom 17. Juni 2014, in der Fassung der Verordnung (EU) Nr. 2017/1084 vom 14. Juni 2017 und in Verbindung mit der Verordnung (EU) Nr. 2020/972 vom 2. Juli 2020 und der Verordnung (EU) Nr. 2021/1237 vom 23. Juli 2021 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 (Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung - AGVO) Informationen über jede Einzelbeihilfe von über 500.000,00 Euro gemäß Mitteilung der Kommission 2014/C 198/02 (ABl. C 198/30 vom 27.06.2014) bzw. gemäß Art. 9 Buchstabe c der AGVO auf einer ausführlichen Beihilfe-Webseite veröffentlicht werden.
- mit Antragseingang / Antragstellung ein Bearbeitungsentgelt gemäß Richtlinie erhoben wird und das Bearbeitungsentgelt im Falle der Ablehnung des Bürgschaftsantrages nicht erstattet wird.

Ich / Wir bestätige(n), dass mir / uns die **Datenschutzinformation nach Art. 13, 14 und 21 der EU-Datenschutz-Grundverordnung für die Thüringer Aufbaubank sowie für das Thüringer Finanzministerium online (siehe nachfolgende Links) oder als Ausdruck zur Verfügung gestellt wurden:**

- **Datenschutzinformation der Thüringer Aufbaubank:**

www.aufbaubank.de/datenschutzinformation



- **Datenschutzinformation des Thüringer Finanzministeriums:**

<https://www.finanzen.thueringen.de/datenschutz-buergschaften/>



Ich / Wir verpflichte(n) mich/uns, ggf. betroffene dritte Personen (z. B. Ansprechpartner*innen, Gesellschafter*innen, Geschäftsführer*innen), deren personenbezogene Daten in diesem Antrag erhoben oder zukünftig an die Thüringer Aufbaubank übermittelt werden, über die o. g. Datenschutzinformationen zu unterrichten.

Hiermit willige/n ich / wir ein, dass die Thüringer Aufbaubank

- mir / uns Informationen über weitere Förderangebote der Thüringer Aufbaubank per Post und E-Mail zukommen lässt *
- mich / uns durch Umfragen zu Marktforschungszwecken und zur Verbesserung der Kundenzufriedenheit per Post und E-Mail kontaktiert *

und hierzu meine / unsere personenbezogenen Daten (insbesondere Name, Anschrift und E-Mail-Adresse) verarbeitet. Die von mir / uns erteilte Einwilligung ist Rechtsgrundlage der Verarbeitung meiner / unserer personenbezogenen Daten für die vorgenannten Zwecke. Ich / Wir kann / können diese Einwilligung jederzeit gegenüber der Thüringer Aufbaubank widerrufen. Mir / Uns ist bekannt, dass förderrechtlich veranlasste Umfragen unabhängig von meiner / unserer Einwilligung durchgeführt werden können.

*Gewünschtes bitte ankreuzen.

Ort, Datum

Stempel / rechtsverbindliche Unterschriften der Antragsteller*innen

Für die Beantragung von Bürgschaften für Investitionen zu bestätigen:

Insbesondere erkläre(n) ich / wir, mit dem Investitionsvorhaben nicht vor Antragstellung bei der TAB (Datum des Antragseingangs) begonnen zu haben bzw. zu beginnen. Beginn des Investitionsvorhabens ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages.

Ort, Datum

Stempel / rechtsverbindliche Unterschriften der Antragsteller*innen

Übersicht über einzureichende Unterlagen

Fügen Sie dem Antrag auf Gewährung einer TAB-Bürgschaft bitte bei:		
1	Bereitschaftserklärung der Hausbank für TAB-Bürgschaftsanträge (Anlage 1)	<input type="checkbox"/>
2	Bescheinigung des jeweils zuständigen Finanzamtes gemäß Punkt 8.2 der Bürgschaftsrichtlinie (Bescheinigung in Steuersachen) für die Ihr Unternehmen betreffenden Steuerarten, z. B. Einkommenssteuer, Körperschaftsteuer, gesonderte und einheitliche Gewinnfeststellung (Personengesellschaften), Lohnsteuer, Umsatzsteuer. Das Ausstellungsdatum der Bescheinigung darf bei Antragseingang in der TAB nicht mehr als einen Monat zurückliegen.	<input type="checkbox"/>
3	Jahresabschlüsse / Betriebswirtschaftliche Auswertung (BWA) Jahresabschlüsse der zurückliegenden 3 Jahre bzw. Einnahmenüberschussrechnungen mit betrieblicher Vermögens- und Schuldenaufstellung Die gleichen Unterlagen sind von den verbundenen Unternehmen / dem Konzern einzureichen. Aktuelle BWA mit Summen- und Saldenliste / Status. <i>Sämtliche Unterlagen müssen rechtsverbindlich unterzeichnet sein.</i>	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
4	Liquiditäts- und Rentabilitätssituation Mittelfristiges Konzept mit folgenden Angaben: <ul style="list-style-type: none"> • technische Produktionsmöglichkeiten (vorhandene Kapazitäten, Ausnutzungsgrad, Anzahl der Schichten) • Kundenstruktur (z. B. Großhandel, verarbeitendes Gewerbe u. a., Umsatzanteil der drei größten Kunden) • Beschaffungsstruktur (Streubreite der Lieferanten) • Markt (geografische Ausdehnung, Exportanteil, eigener Marktanteil) und Wettbewerb (Stellung der Konkurrenz) • aktueller Auftragsbestand und Auftragseingang in den letzten drei Monaten • Darstellung der Unternehmenssituation und des Betriebsmittel- / Konsolidierungsbedarfs und dessen Finanzierungsbausteine • Darstellung der geplanten bzw. bereits eingeleiteten betrieblichen Verbesserungsmaßnahmen • Beiträge des Inhabers/der Inhaberin bzw. des Gesellschafters/der Gesellschafter*innen (z. B. Beschränkungen der Entnahmen / Geschäftsführergehälter, Einbringung von Eigenkapital, Gewährung von Gesellschafterdarlehen usw.) • Beiträge der Hausbank (Aufrechterhaltung der KK-Linie, Einräumung von Sonderkonditionen, Tilgungsstreckungsdarlehen usw.) • Liquiditätsplan für die nächsten 12 Monate (Anlage 2) • Umsatz- und Ertragsvorschau in GuV-Form für das laufende und die beiden nächsten Geschäftsjahre • von den Banken eingeräumte Kreditlinien und die aktuellen Kontostände 	<input type="checkbox"/>
5	Weitere Angaben zum Unternehmen Falls weitere Bankverbindungen bestehen: Auflistung aller Darlehen (aktuelle Valuten) und Kreditlinien unter Angabe der Gläubiger, Zins- und Tilgungskonditionen sowie deren Besicherung Grundstücksverhältnisse (Eigen-, Miet- oder Pachtgrundstücke) Folgende Unterlagen sind einzureichen: Grundbuchauszüge Verkehrswertgutachten bzw. Beleihungswertermittlungen der Hausbank Sonderrisiken (Umweltaltlasten udgl.)	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
6	Wesentliche Verträge / Verpflichtungen Bestehen sonstige, aus den eingereichten Bilanzen nicht ersichtliche Verpflichtungen und Beschränkungen? Falls ja, in welchem Umfang und wer ist Begünstigter (z. B. aus Indossamenten, Bürgschaften, Garantien). Außerdem sind vorzulegen: <ul style="list-style-type: none"> • Handelsregisterauszug, Auszug Handwerksrolle, Gewerbe genehmigung (auch von verbundenen Unternehmen) • Gesellschaftsvertrag (auch von verbundenen Unternehmen) • wesentliche Miet- und Pachtverträge, Franchiseverträge 	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
7	Angaben zu Inhaber*innen, zu Geschäftsführer*innen / Gesellschafter*innen <ul style="list-style-type: none"> • Kurzgefasster beruflicher Werdegang und Lebenslauf der Inhaber*innen / der Geschäftsführer*innen • umfassende Selbstauskunft der Inhaber*innen / der Gesellschafter*innen und deren Ehepartner*innen (zu unterlegen mit aktuellem Einkommenssteuerbescheid), ggf. bei Grundbesitz auch Grundbuchauszüge und Wertermittlungen 	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
8	De-minimis-Erklärung des Antragstellers (Anlage 3) – sofern Bürgschaft nach „De-minimis-Verordnung“ zugesagt werden soll	<input type="checkbox"/>

Bereitschaftserklärung der Hausbank

für Bürgschaftsanträge gemäß der Richtlinie für die Übernahme von Bürgschaften durch die Thüringer Aufbaubank zugunsten der gewerblichen Wirtschaft und der freien Berufe (TAB-Bürgschaftsprogramm)

Name Hausbank:		BIC:	
Ansprechpartner*in:	Telefon:	Telefax:	E-Mail:
Straße / Hausnummer:			
PLZ:	Ort:		

Wir erklären uns hiermit bereit, dem Unternehmen:				
ein Darlehen (Kredit oder Aval) für		Darlehensbetrag in EUR (Kredit oder Avalbetrag)	Laufzeit in Jahren	Freistellung in %
Erstinvestitionen				
Ersatzinvestitionen				
Betriebsmittel / Avale				
zu gewähren.				

1. Beurteilung der persönlichen Kreditwürdigkeit sowie der fachlichen und kaufmännischen Fähigkeiten des Inhabers / der Inhaberin / der geschäftsführenden Gesellschafter*innen (ggf. Anlage):

2. Wirtschaftliche Verhältnisse der Antragsteller*innen:

Wir erwarten die vollständige Vorlage der einzureichenden Unterlagen lt. Antrag.

3. Begründung zum Bedarf und Kreditverwendungszweck / Art des Kredites:

4. Durchfinanzierung (nur bei Verbürgung von Investitionsdarlehen)

a) Woraus können die Antragsteller*innen die im Finanzierungsplan eingesetzten Eigenmittel aufbringen?
(z. B. Sparguthaben, Effekten, aus laufendem Betrieb)

b) Sind die im Finanzierungsplan eingesetzten sonstigen öffentlichen Mittel bereits fest zugesagt?

Kreditgeber	Kreditbetrag (EUR)	Zinssatz in %	Tilgungsvereinbarung

<p>5. In welche Ratingkategorie haben Sie den/die Kreditnehmer*in nach Ihrem institutsspezifischen Ratingverfahren eingestuft? Geben Sie bitte die Einjahres-Ausfallwahrscheinlichkeit gemessen am Unternehmensrisiko ohne Berücksichtigung von Sicherheiten für diese Risikokategorie an (Einjahres-Adressenausfallwahrscheinlichkeit [PD]).</p>	<input type="text"/> <input type="text"/> niedrigste <input type="text"/> höchste
<p><i>Beachte: Entscheidungen der Europäischen Kommission über die staatliche Beihilfe N 197/2007 Methode zur Berechnung der Beihilfeintensität von Bürgschaften für Erstinvestitionen vom 25.09.2007 und die Entscheidung N 541/2007 vom 28.11.2007 Ausweitung der Anwendung der Methode auf Bürgschaften für Betriebsmittel / Avale / Ersatzinvestitionen.</i></p>	
<p>6. Betriebsmittelkredite</p>	
<p>a) bestehend (Kreditgeber, Höhe, Beanspruchung, Absicherung)</p>	
<p>b) zusätzlich (Kreditgeber, Höhe, Konditionen, Absicherung)</p>	
<p>7. Vorgesehene Absicherung mit Wertangaben zu den Beleihungsobjekten:</p>	
<p>8. Ggf. ist plausibel darzustellen, dass eine ausreichende bankmäßige Absicherung des beantragten Darlehens nicht möglich ist / die Notwendigkeit einer Bürgschaft besteht. Bitte fügen Sie diesem Antrag die aktuelle Kreditvorlage sowie die Gliederung des neuesten Jahresabschlusses (ggf. inkl. der verbundenen Unternehmen) bei.</p>	
<p>9. Ist die Firma mit anderen Unternehmen zu einer Gruppe verbundener Kunden gemäß §19 (3) KWG bzw. Art. 4 (1) Nr. 39 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 ("CRR") zusammenzufassen? Wenn ja, mit welchem und aus welchem Grund.</p>	

<p>Erklärung des Antrag stellenden Kreditinstitutes</p>	
<p>Wir bestätigen, dass die Antragstellung auf der Grundlage der aktuell gültigen Richtlinie (veröffentlicht auf der Internetseite der Thüringer Aufbaubank/Förderprogramme/Bürgschaften) erfolgt und dass die von den Antragstellern / Antragstellerinnen gemachten Angaben nach unseren Informationen richtig und vollständig sind.</p>	
<p>Wir erkennen an, dass die Thüringer Aufbaubank berechtigt ist, mit Antragseingang/Antragstellung das Bearbeitungs-entgelt gemäß Richtlinie zu berechnen.</p>	
<p>_____ Ort, Datum</p>	<p>_____ Stempel / rechtsverbindliche Unterschrift des Antrag stellenden Kreditinstitutes</p>

Liquiditätsplan (in Euro)

Name des Unternehmens:

Laufendes Jahr:

Jahresplanung der Einzahlungen und Auszahlungen (EUR)

	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	kumul.
<i>Umsatzplan</i>													
Einzahlungen aus:													
Forderungsbestand													
künftigem Umsatz													
Anzahlungen													
Sonstiges													
Kreditauszahlungen													
Zuschüsse usw.													
Einlagen													
I. Summe Einzahlungen													
Auszahlungen für:													
Verbindlichkeitenbestand													
künftigen Materialeinkauf													
Personalkosten													
Zinsaufwand													
Steuern													
Sonstiger betriebsnotwend. Aufwand													
Instandhaltung / Reparatur													
Investitionen / GWG													
Umsatzsteuerzahllast													
Darlehensstilgung													
Privatentnahmen / Gewinnausschütt.													
II. Summe Auszahlungen													
= Überschuss / Fehlbetrag (I-II)													
Anfangsbest. lfd. Kto. Bank(en)													
+ / - Überschuss / Fehlbetrag													
= Endbestand lfd. Konto(en)													
+ Kreditlinie													
= freie Liquidität / Unterdeckung													

Bitte den Liquiditätsplan mit dem Monat der Erstellung beginnen und nur Zahlungsvorgänge planen.

Einzelne Positionen ggf. auf Beiblatt erläutern (insbesondere überfällige Zahlungen).

Beantragtes Darlehen TAB bitte besonders kennzeichnen

Ort, Datum

Stempel / Unterschrift

De-minimis*-Erklärung zum Antrag

auf Gewährung einer Bürgschaft gemäß der Richtlinie für die Übernahme von Bürgschaften durch die Thüringer Aufbaubank zugunsten der gewerblichen Wirtschaft und der freien Berufe (TAB-Bürgschaftsprogramm)

1. Angaben zum Antrag stellenden Unternehmen

Name des Unternehmens _____

Anschrift: _____

Das Unternehmen ist im Bereich des gewerblichen Straßengüterverkehrs tätig: ja nein

2. Definitionen und Erklärungen

In dieser Erklärung sind alle De-minimis-Beihilfen anzugeben, die Ihr Unternehmen bzw. Unternehmensverbund als „*ein einziges Unternehmen*“ in Deutschland im laufenden sowie in den vorangegangenen zwei Kalenderjahren erhalten hat.

Für die Zwecke der De-minimis-Verordnung sind die Unternehmen als *ein einziges Unternehmen* zu betrachten, die zueinander in mindestens einer der folgenden Beziehungen stehen:

- Ein Unternehmen hält die Mehrheit der Stimmrechte der Anteilseigner oder Gesellschafter eines anderen Unternehmens,
- ein Unternehmen ist berechtigt, die Mehrheit der Mitglieder des Verwaltungs-, Leitungs- oder Aufsichtsgremiums eines anderen Unternehmens zu bestellen oder abuberufen,
- ein Unternehmen ist gemäß einem mit einem anderen Unternehmen geschlossenen Vertrag oder aufgrund einer Klausel in dessen Satzung berechtigt, einen beherrschenden Einfluss auf dieses Unternehmen auszuüben,
- ein Unternehmen, das Anteilseigner oder Gesellschafter eines anderen Unternehmens ist, übt gemäß einer mit anderen Anteilseignern oder Gesellschaftern dieses anderen Unternehmens getroffenen Vereinbarung die alleinige Kontrolle über die Mehrheit der Stimmrechte von dessen Anteilseignern oder Gesellschaftern aus.

Auch Unternehmen, die über ein oder mehrere andere Unternehmen zueinander in einer der vorgenannten Beziehungen stehen, werden als ein einziges Unternehmen betrachtet.

Im Falle einer *Fusion oder Übernahme* müssen alle De-minimis-Beihilfen, die den beteiligten Unternehmen im laufenden Kalenderjahr sowie in den vorangegangenen zwei Kalenderjahren gewährt wurden, angegeben werden. Bei *Unternehmensaufspaltungen* werden die De-minimis-Beihilfen dem Unternehmen zugerechnet, welches die Geschäftsbereiche übernimmt, für die die De-minimis-Beihilfen verwendet wurden. Ist diese Zurechnung nicht möglich, muss eine anteilige Aufteilung auf der Grundlage des Buchwerts des Eigenkapitals zum Zeitpunkt der tatsächlichen Aufspaltung erfolgen.

Darüber hinaus sind alle De-minimis-Beihilfen anzugeben, die durch Betriebsaufspaltung verbundene Unternehmen erhalten haben.

3. Erklärung

Hiermit erklärt das Antrag stellende Unternehmen, dass es als *ein einziges Unternehmen* gemäß Punkt 2. im laufenden Kalenderjahr sowie in den vorangegangenen zwei Kalenderjahren

keine die in nachstehender Tabelle aufgeführten

Beihilfen im Sinne folgender Verordnungen erhalten bzw. beantragt hat:

- *Allgemeine De-minimis-Beihilfen*

Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen (Amtsblatt der EU L 352/1 vom 24.12.2013) in Verbindung mit der Verordnung (EU) Nr. 2020/972 der Kommission vom 2. Juli 2020 (Amtsblatt der EU L 315/3 vom 7.7.2020),

- *Agrar-De-minimis-Beihilfen*

Verordnung (EU) Nr. 1408/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen im Agrarsektor (Amtsblatt der EU L 352/9 vom 24.12.2013) in Verbindung mit der Verordnung (EU) Nr. 2019/316 der Kommission vom 21. Februar 2019 (Amtsblatt der EU L 51 I/1 vom 22.02.2019),

- *Fisch-De-minimis-Beihilfen*

Verordnung (EU) Nr. 717/2014 der Kommission vom 27. Juni 2014 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen im Fischerei- und Aquakultursektor (Amtsblatt der EU L 190/45 vom 28.06.2014) in Verbindung mit der Verordnung (EU) Nr. 2020/2008 der Kommission vom 8. Dezember 2020 (Amtsblatt der EU L 414/15 vom 9.12.2020) und

- *DAWI-De-minimis-Beihilfen*

Verordnung (EU) Nr. 360/2012 der Kommission vom 25. April 2012 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen an Unternehmen, die Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse erbringen (Amtsblatt der EU L 114/8 vom 26.04.2012) in Verbindung mit der Verordnung (EU) Nr. 2020/1474 der Kommission vom 13. Oktober 2020 (Amtsblatt der EU L 337/1 vom 14.10.2020).

Antrag stellendes Unternehmen u. Unternehmen des Verbundes („ein einziges Unternehmen“ gemäß Pkt. 2.)	Datum Zuwendungsbescheid / Vertrag	Beihilfegeber	Aktenzeichen/ Projekt-Nr.	Art der De-minimis-Beihilfe*				Form der Beihilfe (z. B. Zuschuss, Darlehen, Bürgschaft, Beteiligung)	Fördersumme in Euro (z. B. Zuschuss-, Darlehens-, Bürgschafts-, Beteiligungsbetrag)	Beihilfenswert in Euro
				Allgemeine	Agrar	Fisch	DAWI			
				<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>			
				<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>			
				<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>			
				<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>			
				<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>			
				<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>			
Summe										

* Bitte kreuzen Sie an, um welche De-minimis-Beihilfen es sich handelt.

Ich / Wir verpflichte(n) mich / uns, Änderungen oder Ergänzungen zu **sämtlichen** in dieser De-minimis-Erklärung enthaltenen Angaben der Bewilligungsstelle mitzuteilen, sofern sie mir / uns vor der Zusage der hier beantragten De-minimis-Beihilfe bekannt werden.

Mir / Uns ist bekannt, dass die in dieser Erklärung anzugebenden Tatsachen gemäß Punkt 1. und 3. subventionserheblich im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuches (StGB) i. V. m. § 2 Subventionsgesetz vom 29.07.1976 (BGBl. I, S. 2037) sind und unrichtige, unvollständige oder unterlassene Angaben, die subventionserhebliche Tatsachen betreffen und dem Zuwendungsempfänger zum Vorteil gereichen, als Subventionsbetrug strafbar sind. Mir / Uns sind weiterhin die nach § 1 des Thüringer Subventionsgesetzes vom 16.12.1996 (GVBl. Nr. 19, S. 319) i. V. m. § 3 des Subventionsgesetzes vom 29.07.1976 bestehenden Mitteilungspflichten bekannt.

 Ort, Datum

 Stempel / rechtsverbindliche Unterschrift(en) des Antrag stellenden Unternehmens